

Kontoabfrage und Trojaner: *Klammheimlich hat der Staat den Weg für die Ausspähung seiner Bürger freigemacht*

von den FOCUS-Online-Experten *Matthias Weik* und *Marc Friedrich*

[aus einer Veröffentlichung am 18.08.2017 von www.focus.de](http://www.focus.de)

Während sich viele Medien mit Berichten zur „Ehe für alle“ überschlugen, wurde unser Land klammheimlich durch die Hintertür verändert.

Tiefgreifende Gesetze wurden verabschiedet, die in all dem „Ehe für alle“-Trubel unbewusst oder vielleicht sogar bewusst untergegangen sind. [...]

► **Schritt für Schritt in die totale Überwachung**



AP Bundeskanzlerin Merkel im Bundestag

So dürfen Ermittlungsbehörden mit dem Bundestrojaner künftig Schadsoftware auf private Geräte spielen.

Die Große Koalition wendete einen Kniff an, damit der Vorschlag weder vom Bundestag noch vom Bundesrat ausführlich beraten werden musste.

→ Sie hat die Änderungen demnach in einem schon bestehenden Gesetzentwurf untergebracht, der mit dem Trojaner ursprünglich nichts zu tun hatte. Folglich entfielen die sonst nötigen drei Lesungen im Bundestag.

❖ **Die politischen Eliten in Berlin haben somit einen massiven Eingriff in die Grundrechte der Bürger durchs Parlament gebracht und keinen Menschen interessiert es offensichtlich.**

Die Aussage „*Ich habe eh nichts zu verbergen und man kann mich ruhig überwachen*“ ist selten dämlich. *Edward Snowden* bringt es mit folgender Aussage wunderbar auf den Punkt:

→ „*Zu behaupten, das Recht auf Privatsphäre sei nicht so wichtig, weil man nichts zu verbergen hat, ist wie zu sagen das Recht auf freie Meinungsäußerung sei nicht so wichtig, weil man nichts zu sagen hat.*“

► **Freiheit beim Gold-Kauf eingeschränkt**

Am Tag darauf wurde uns Bürgern eine weitere Freiheit beschnitten: Das Tafelgeschäft in Deutschland wurde von 15.000 Euro auf 10.000 Euro reduziert. Dies wird nur ein Zwischenschritt sein bis es eines Tages komplett abgeschafft wird. Dies bedeutet, dass man in Deutschland noch für bis zu 10.000 Euro legal zum Beispiel in Edelmetalle oder Diamanten investieren kann ohne seine Personalien anzugeben. Der Kampf gegen das Bargeld und die finanzielle Freiheit der Bürger wird weiterhin

beschlossen. Das Fenster zur Vermögenssicherung schließt sich, wie von uns seit Jahren prognostiziert, peu à peu.

► **Bankgeheimnis ist de facto abgeschafft**

Der Reigen geht weiter: Ohne großes Aufsehen und ohne große Diskussion haben Bundestag und Bundesrat das Bankgeheimnis de facto abgeschafft. Dieses uralte Bürgerrecht war lediglich in der Steuergesetzgebung als „Schutz von Bankkunden“ ausformuliert. Durch das Steuerumgebungsbekämpfungsgesetz, das am 25. Juni in Kraft trat, wurde der entsprechende Paragraf 30a in der Abgabenordnung ersatzlos gestrichen. Eben dieser §30a regelte den Schutz von Bankkunden. Er war sozusagen das in Gesetzesform gegossene Bankgeheimnis gegenüber den Finanzbehörden. Der Bundestag stimmte am 27. April 2017 für die Abschaffung und der Bundesrat am 2. Juni 2017.

Das Verbot der allgemeinen Überwachung von Bankkonten, das Verbot Kontodaten, an die man im Zug der Identitätsprüfung von Kontoinhabern gelangt ist, nebenbei für eine Steuererhebung zu verwenden sowie die Verpflichtung, Auskünfte vom Steuerpflichtigen einzufordern, bevor man sich an Banken wendet, gilt jetzt nicht mehr.

? Haben Sie davon was in [der Tagesschau](#) gehört oder in den großen Blättern dieser Republik gelesen?

→ **Seltsamerweise gab es nahezu keine kontroverse öffentliche Diskussion in den Medien oder bekannten Talk-Shows.**

Kontinuierlich werden unsere Bürgerrechte von der Politik nach und nach beschnitten und keiner schreit auf.

► **Keine Proteste der Opposition**

Gedrängt auf die Abschaffung des Bankgeheimnisses hat kein geringerer als Finanzminister *Wolfgang Schäuble* ([CDU](#)) sowie zahlreiche seiner Kollegen in den Bundesländern. Justizminister *Heiko Maas* ([SPD](#)) hatte nichts dagegen einzuwenden und auch von der Oppositionsbank von Seiten [der Linken](#) und [Grünen](#) kam kein Contra.

❖ **Offensichtlich steht der Schutz von Bankkunden und folglich uns Bürgern nicht auf der Agenda der Politiker. Dies sollte uns allen zu denken geben.**

Auch von Seiten der Finanzwirtschaft kam kaum Gegenwind. Lediglich der Präsident des Genossenschaftsverbandes Bayern (GVB), *Jürgen Gros*, stellte fest, dass es zwar richtig sei, mit harten Bandagen gegen Steuerkriminalität zu kämpfen. Durch die neue Rechtslage würden jedoch alle Bankkunden unter Generalverdacht gestellt. *Gros*:

- *"Das Vertrauensverhältnis zwischen Kunde und Bank leidet enorm, wenn ohne seine Kenntnis massenhaft Daten vom Fiskus abgefragt werden."*

Gros kritisiert richtigerweise das Abrücken vom bewährten Prinzip der verdachtsbezogenen Überwachung:

- *"Die Steuerbehörden können künftig nach Gutdünken uneingeschränkt Kundendaten durchforsten", so Gros. "Das ist ein weiterer Schritt hin zum gläsernen Bürger."*

Das ursprüngliche Ziel des Gesetzespaketes, gegen wenige Bürger und Unternehmer,

die Einkommen am Fiskus vorbei in Steueroasen verschieben, ist zu einer Maßnahme gegen alle Bürger verkommen.

Noch gibt es keinerlei Erfahrungswerte, in wieweit die Finanzämter ihren neu gewonnenen Spielraum ausnützen. Theoretisch können sie jetzt sämtliche Kontodaten von uns Bürgern erfassen, ohne dass wir davon jemals erfahren. Nun ist es den Finanzbehörden möglich, vollumfassende Kontoinformationen aller Kunden deutscher Banken abzurufen und zu verwenden. Bis dato galt, dass zunächst der Betroffene selbst gefragt wird. Lediglich wenn dieser Auskünfte verweigerte, durften sich die Behörden an die Bank wenden.

Dies ist nun in Deutschland nicht mehr erforderlich. Ab sofort sind brave Steuerzahler Behördenzugriffen ebenso ausgesetzt wie Beschuldigte, gegen die ermittelt wird. Ob dies rechtens ist und dem elementaren Grundsatz des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung entspricht, wird sich in Zukunft zeigen.

► Die Bürger können jetzt ausspioniert werden

Fakt ist:

❖ **Mit dem neuen Gesetz wurde das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung offensichtlich kassiert.**

→ Jetzt können Finanzbehörden die Bürger unseres Landes kraft Gesetz vollkommen legal ausspionieren.

Doch damit nicht genug. Es soll weitergehen.

❖ **Die EU will ein Bankenschutzgesetz installieren, bei dem bis zu 20 Werkstage die Konten der EU-Bürger eingefroren werden können, um einen Banken Run zu verhindern, um so die Liquidität der Banken zu sichern. Man darf davon ausgehen, dass dies kommen wird.**

[...] ...von 100% jubeln 7,4 Prozent der Bevölkerung über die "Ehe für alle" und bekommen nicht einmal mit, dass fast zur gleichen Zeit ein Gesetz in Kraft tritt, welches dem Staat erlaubt, alle Kontoinhaber – ungefähr 99 Prozent aller Bundesbürger über 18 – zu bespitzeln.

Man darf gespannt sein, was als nächstes für Sauereien unter dem Deckmantel der nächsten großen Sportveranstaltung oder aufgebauchten Nichtigkeit dem Bürger aufs Auge gedrückt wird.

Über die Autoren

Marc Friedrich und Matthias Weik sind studierte Ökonomen. Sie halten Vorträge und schreiben Bücher ("Der Crash ist die Lösung"). Außerdem bieten sie als Honorarberater Beratung zur Vermögenssicherung an.